

Ressort: Politik

Polizeigewerkschaft schließt weitere Demo-Verbote nicht aus

Berlin, 19.01.2015, 10:08 Uhr

GDN - Der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, hält angesichts der derzeitigen Bedrohungslage in Deutschland weitere Demonstrations-Verbote sowie Absagen von Veranstaltungen für möglich. "Mancher mag sich ja klammheimlich darüber freuen, wenn Pegida nicht marschiert, aber was heute Pegida ist, kann schon morgen der 1. Mai, ein Fußballspiel oder ein Staatsempfang sein", sagte Wendt dem "Handelsblatt" (Online-Ausgabe).

"Deshalb ist die Politik gefordert, nun endlich dafür zu sorgen, dass die Sicherheitsbehörden in die Lage versetzt werden, auch kurzfristig mit starken Kräften das Versammlungsrecht zu schützen." Dazu zählen aus Wendts Sicht die Verstärkung der Mobilität der Bereitschaftspolizei, der Abbau von "sinnfreier Beschäftigung" Tausender Polizisten und ein bundesweiter Stopp des geplanten Personalabbaus bei der Polizei. Außerdem müsse jeder Abzug von Kräften zur Wahrnehmung neuer Aufgaben auf seine Notwendigkeit überprüft werden. "Wenn jetzt zur Jahresmitte über 200 Bundespolizisten abgezogen werden, um die Goldbarren der Bundesbank zu bewachen, ist dies genau das falsche Signal", sagte Wendt. Das hätten bislang private Unternehmen gemacht, das könnten diese auch in Zukunft tun. Auf keinen Fall, so Wendt weiter, dürfe in der Öffentlichkeit ein Klima entstehen, in dem die Menschen nach dem Einsatz der Bundeswehr riefen, um polizeiliche Einsatzlagen zu bewältigen. "Die Militarisierung des öffentlichen Raumes, also der Bundeswehreinsatz im Landesinnern, ist das, was die Terroristen wollen und es ist das letzte, was Deutschland jetzt braucht", warnte der Polizeigewerkschafter. Wendt verteidigte zugleich, das Verbot aller Demonstrationen in Dresden nach einer Anschlägsdrohung. "Die Dresdner Polizei hat richtig gehandelt, weil es natürlich völlig inakzeptabel wäre, mit dem Leben von Demonstrationsteilnehmern zu pokern und das hohe Rechtsgut der körperlichen Unversehrtheit und des Lebens leichtfertig zu riskieren", sagte er. Insofern habe es keine Handlungsalternativen gegeben. "Aber auch das Versammlungsrecht ist ein überragend hohes Rechtsgut unserer demokratischen Gesellschaft und muss von der Polizei geschützt werden, unabhängig davon, wer sich da versammelt", fügte Wendt hinzu. "Islamistische Terroristen dürfen nicht diejenigen sein, die darüber entscheiden, ob Versammlungen im öffentlichen Raum stattfinden oder nicht."

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-48199/polizeigewerkschaft-schliesst-weitere-demo-verbote-nicht-aus.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619